

# Inhaltsverzeichnis

## **Steuerliche Außenprüfung, Steuerfahndung, Steueraufsicht**

<b>Einführung</b> . . . . .		1
<b>Teil I</b>		
<b>Die steuerliche Außenprüfung</b> . . . . .		3
<b>A. Allgemeine Vorbemerkungen zur Außenprüfung</b> . . . . .		5
<b>§ 1 Begriff, Wesen und Art der Außenprüfung im Steuerrecht</b> . . . . .		5
<b>I. Begriff der Außenprüfung</b> . . . . .		5
<b>II. Wesen der Außenprüfung</b> . . . . .		6
1. Gesetzgeberisch erklärter Zweck des Ermittlungsverfahrens . . . . .		6
2. Gesetzgeberisch erklärter Zweck der Außenprüfung . . . . .		6
<b>III. Art der Außenprüfung</b> . . . . .		9
<b>§ 2 Allgemeine Außenprüfungen – Besondere Außenprüfungen</b> . . . . .		11
<b>I. Allgemeine Außenprüfungen</b> . . . . .		11
1. Die uneingeschränkte Zulässigkeit der Außenprüfung . . . . .		11
2. Die eingeschränkte Zulässigkeit der Außenprüfung . . . . .		12
<b>II. Besondere Außenprüfungen</b> . . . . .		12
1. Die Umsatzsteuer-Sonderprüfung . . . . .		12
a) Der Sonderprüfungstatbestand . . . . .		12
aa) Rechtliche Modalitäten . . . . .		12
aaa) Die Umsatzsteuer-Sonderprüfung – eine spezifische Form der Außenprüfung . . . . .		12
bbb) Auswirkungen von Sonderprüfungen auf die Steuerfestsetzungen . . . . .		13
bb) Örtliche Modalitäten . . . . .		13
cc) Zeitliche Modalitäten . . . . .		14
aaa) Umsatzsteuer-Sonderprüfungen, die Voranmeldungszeiträume betreffen . . . . .		14
bbb) Umsatzsteuer-Sonderprüfungen, die die Jahresumsatzsteuer betreffen . . . . .		15
dd) Unmittelbare und mittelbare Auswirkungen . . . . .		15
b) Die Finanzbehörde als Berechtigte . . . . .		16
c) Erstprüfungen – Bedarfsprüfungen . . . . .		16
aa) Erstprüfungen . . . . .		16
bb) Bedarfsprüfungen . . . . .		16
2. Die Lohnsteuer-Außenprüfung . . . . .		17
a) Der Sonderprüfungstatbestand . . . . .		17

aa) Rechtliche Modalitäten . . . . .	17
bb) Abschließende Prüfung . . . . .	18
cc) Umfang der Prüfung . . . . .	18
dd) Überwachungsfunktion der Prüfung . . . . .	18
b) Die Finanzbehörde als Berechtigte . . . . .	19
aa) Zuständigkeit des Betriebstättenfinanzamts . . . . .	19
bb) Mitwirkungspflicht des Arbeitgebers . . . . .	19
cc) Mitwirkungspflicht der Arbeitnehmer . . . . .	19
dd) Die konkrete Berechtigung der Finanzbehörde . . . . .	20
3. Die Kapitalverkehrsteuer-Prüfung . . . . .	20
a) Der Sonderprüfungstatbestand . . . . .	20
aa) Rechtliche Modalitäten . . . . .	20
bb) Adressaten des Sonderprüfungstatbestandes . . . . .	20
cc) Rechtliche Bedenken . . . . .	20
aaa) Rechtsgültigkeit der §§ 40 Nr. 3 i. V. m. 46 KVStDV ? . . . . .	20
bbb) Rechtsgültigkeit von Verkehrsteuerfragebogen ? . . . . .	21
ccc) Rechtsgültigkeit des § 45 KVStG ? . . . . .	21
b) Die Finanzbehörde als Berechtigte . . . . .	21
aa) Zuständigkeit der Kapitalverkehrsteuerämter . . . . .	21
bb) Überprüfung subjektiver Pflichterfüllung . . . . .	21
cc) Vorrang des Prinzips der Verwaltungsgliederung nach Fachgesichtspunkten . . . . .	21
<b>B. Die Rechtsstellung des Steuerpflichtigen und der Finanzbehörde vor dem Beginn einer Außenprüfung</b> . . . . .	23
<b>§ 3 Zulässigkeit einer Außenprüfung</b> . . . . .	23
<b>I. Zulässigkeit einer Außenprüfung allgemein</b> . . . . .	23
1. § 193 AO als Rechtsgrundlage . . . . .	23
2. Die beiden Gruppen der potentiellen Aufsichtsadressaten . . . . .	23
<b>II. Zulässigkeit bei Unternehmen</b> . . . . .	24
1. Zulässigkeit ohne Einschränkung . . . . .	24
2. Aufgabe des Unternehmens . . . . .	24
a) Außenprüfung bei noch tätigen Unternehmern . . . . .	24
b) Außenprüfung bei früheren Unternehmern . . . . .	24
c) Außenprüfung bei Erben früherer Unternehmer . . . . .	25
d) Außenprüfung bei Erbeserben früherer Unternehmer . . . . .	25
3. Außenprüfung bei einem Testamentsvollstrecker . . . . .	25
<b>III. Zulässigkeit bei „anderen“ Steuerpflichtigen</b> . . . . .	25
1. Zulässigkeit mit Einschränkung . . . . .	25
2. Die Fälle des § 193 Abs. 2 Nr. 1 AO . . . . .	26
a) Voraussetzung der Außenprüfung . . . . .	26
b) Umfang der Außenprüfung . . . . .	26

3. Die Fälle des § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO . . . . .	26
a) Voraussetzungen der Außenprüfung . . . . .	26
b) Das Aufklärungsbedürfnis . . . . .	26
c) Die Unzweckmäßigkeit einer Prüfung an Amtsstelle . . . . .	27
aa) Das gesetzliche Regelungsdefizit . . . . .	27
bb) Die Regel-Ausnahme-Relation . . . . .	27
cc) Der Mißbrauch durch die Finanzverwaltung . . . . .	27
<b>IV. Ermessen . . . . .</b>	27
1. Entschließungermessen . . . . .	27
2. Auswahlermessen . . . . .	28
a) Der Gesichtspunkt der sog. „faktischen Unmöglichkeit“ . . . . .	28
b) Keine echte Abwägung öffentlicher und privater Interessen . . . . .	29
c) Reine Zweckmäßigkeitsoberlegungen . . . . .	29
d) Fragen des Verfahrens . . . . .	29
e) Vermutung gegen Ermessensmißbrauch . . . . .	29
f) Grundsätzliche Unbeachtlichkeit privater Interessen . . . . .	30
g) Gleichheit der Lastenzuteilung . . . . .	30
h) Gesichtspunkt des Zufalls . . . . .	31
i) Keine zeitliche Vorhersehbarkeit von Außenprüfungen . . . . .	31
3. Kein Anspruch auf Durchführung einer Außenprüfung . . . . .	31
4. Das besondere Interesse an einer Prüfung . . . . .	33
<b>V. Außenprüfung bei Ehegatten . . . . .</b>	33
1. Zwei gesonderte Außenprüfungen . . . . .	33
2. Keine Ausdehnung der Außenprüfung auf den anderen Ehegatten . . . . .	33
3. Rechtsprechung contra Verwaltungspraxis . . . . .	33
<b>VI. Außenprüfung nach vorbehaltloser Steuerfestsetzung . . . . .</b>	34
1. Zulässigkeit einer Außenprüfung . . . . .	34
2. Rechtlich verbindliche Wirkung vorbehaltloser Bescheide . . . . .	34
3. Abschließende Prüfung als Ziel jeder Außenprüfung . . . . .	34
<b>VII. Außenprüfung zur Feststellung von Steuerhinterziehung oder leichtfertiger Steuerverkürzung . . . . .</b>	35
1. Ablauf der Festsetzungsfrist . . . . .	35
2. Die verlängerten Festsetzungsfristen . . . . .	35
3. Feststellung von Steuerstraftaten durch Außenprüfung . . . . .	35
<b>VIII. Rechte der Gemeinden und des Bundesamtes für Finanzen . . . . .</b>	36
1. Teilnahmerecht der Gemeinden . . . . .	36
2. Mitwirkungsrecht des Bundesamtes für Finanzen . . . . .	36
<b>IX. Unzulässigkeit einer Außenprüfung . . . . .</b>	37
1. Aufdeckung und Ermittlung unbekannter Steuerfälle . . . . .	37

2. Feststellung des Vorliegens der Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	37
3. Außenprüfung bei einem Testamentsvollstrecker . . . . .	37
4. Zweckmäßigkeit von Prüfungen an Amtsstelle . . . . .	37
5. Besondere Begründung für die „Sonderbehandlung“ . . . . .	37
6. Außenprüfung bei Eheleuten . . . . .	38
7. Ausdehnung in Verbindung mit der Hauptprüfung . . . . .	38
8. Erforschung der Verhältnisse anderer Personen . . . . .	38
9. Ermittlung von Steuerstraftaten . . . . .	38
10. Irrelevanz oder Verwertungsverbot . . . . .	38
11. Festsetzungsverjährung und Änderungssperre . . . . .	38
<b>§ 4 Sachlicher und zeitlicher Umfang einer Außenprüfung . . . . .</b>	<b>39</b>
<b>I. Sachlicher und zeitlicher Umfang allgemein . . . . .</b>	<b>39</b>
1. Sachlicher Umfang . . . . .	39
2. Zeitlicher Umfang . . . . .	39
<b>II. Sachlicher Umfang im einzelnen . . . . .</b>	<b>39</b>
1. Der unbegrenzte sachliche Prüfungsumfang . . . . .	39
2. Die Prüfungspraxis der Finanzverwaltung . . . . .	40
3. Zweckmäßigkeit und Aufklärungsbedürftigkeit . . . . .	40
<b>III. Ausdehnung einer Außenprüfung auf steuerliche Verhältnisse von Gesellschaftern und Mitgliedern . . . . .</b>	<b>42</b>
1. Die Überprüfung der steuerlichen Verhältnisse von Gesellschaftern einer Personengesellschaft . . . . .	42
2. Einschränkung der Überprüfung . . . . .	42
a) „Personengesellschaften“ . . . . .	42
b) „insoweit“ . . . . .	42
3. Wegfall der Einschränkung . . . . .	42
4. Die „steuerlichen“ Verhältnisse . . . . .	42
5. Ausdehnung der Außenprüfung . . . . .	43
6. Voraussetzung für die Ausdehnung . . . . .	43
<b>IV. Kontrollmitteilungen . . . . .</b>	<b>44</b>
1. Rechtsgrundlage . . . . .	44
2. Auswertung von steuerrelevanten Verhältnissen anderer . . . . .	44
3. Außenprüfung keine Ausforschungsprüfung . . . . .	44
4. Verbot von Kontrollmitteilungen durch den „Bankenerlaß“/§ 30a AO . . . . .	44
5. Uneingeschränkte Verwertung . . . . .	44
<b>V. Zeitlicher Umfang im einzelnen . . . . .</b>	<b>45</b>
1. Gesetzliche Grenze des zeitlichen Prüfungsumfangs . . . . .	45
2. Beschränkung des zeitlichen Prüfungsumfangs durch Verwaltungsvorschrift . . . . .	45

3. Überschreiten des dreijährigen Prüfungszeitraums . . . . .	45
4. Anschlußprüfung bei Großbetrieben . . . . .	45
<b>VI. Einordnung der Steuerpflichtigen in Größenklassen (Groß-, Mittel-, Klein- und Kleinstbetriebe) . . . . .</b>	<b>46</b>
1. Rechtsgrundlage der Einordnung . . . . .	46
2. Abgrenzungsmerkmale der Einordnung . . . . .	46
3. Folgen der Einordnung . . . . .	47
<b>VII. Unzulässiger Umfang der Außenprüfung . . . . .</b>	<b>48</b>
1. Sachlicher Umfang . . . . .	48
2. Zeitlicher Umfang . . . . .	48
3. Überschreitung des angeordneten Prüfungsumfangs . . . . .	49
<b>§ 5 Zuständigkeiten . . . . .</b>	<b>49</b>
<b>I. Zuständige Finanzbehörde . . . . .</b>	<b>49</b>
1. Sachliche Zuständigkeit . . . . .	49
a) Rechtliche Regelung . . . . .	49
b) Bundesfinanzbehörden . . . . .	49
c) Landesfinanzbehörden . . . . .	49
2. Örtliche Zuständigkeit . . . . .	50
<b>II. Beauftragte Finanzbehörde . . . . .</b>	<b>50</b>
1. Auftragsprüfung . . . . .	50
2. Veranlagende Außenprüfung . . . . .	51
<b>§ 6 Die Prüfungsanordnung . . . . .</b>	<b>52</b>
<b>I. Qualifikation der Prüfungsanordnung . . . . .</b>	<b>52</b>
1. Sachlicher und zeitlicher Umfang der Außenprüfung . . . . .	52
a) Sachlicher Umfang . . . . .	52
b) Zeitlicher Umfang . . . . .	52
2. Schriftliche Begründung der Prüfungsanordnung . . . . .	53
a) Notwendigkeit der Begründung . . . . .	53
b) Entbehrlichkeit der Begründung . . . . .	53
aa) Gesetzesverständnis . . . . .	53
bb) Entstehungsgeschichte . . . . .	54
cc) Rechtsprechung . . . . .	54
aaa) Routineprüfung . . . . .	54
bbb) Anlaßprüfung . . . . .	55
3. Sicheinstellen auf die Außenprüfung . . . . .	56
<b>II. Konsequenzen des Prüfungsumfangs . . . . .</b>	<b>58</b>
1. Bedeutung des Prüfungsumfangs . . . . .	58

a) Ablaufhemmung . . . . .	58
b) Sperrwirkung für die Aufhebung oder Änderung von Steuerbescheiden . . . . .	58
c) Aufhebung des Nachprüfungs vorbehalts . . . . .	58
d) Sperrwirkung für Selbstanzeigen . . . . .	58
e) Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen . . . . .	59
2. Erweiterung und Ergänzung des Prüfungsumfangs . . . . .	59
a) Ursprüngliche Prüfungsanordnung . . . . .	59
b) Ergänzungsanordnung . . . . .	59
3. Verkürzung des Prüfungszeitraums . . . . .	61
<b>III. Form der Prüfungsanordnung</b> . . . . .	61
1. Schriftform . . . . .	61
2. Rechtsbehelfsbelehrung . . . . .	62
3. Merkblatt . . . . .	63
4. Mündliche Vorabsprachen . . . . .	64
<b>IV. Zuständigkeit für die Erteilung der Prüfungsanordnung</b> . . . . .	64
1. Sachliche Zuständigkeit . . . . .	64
a) Für die Erteilung einer Prüfungsanordnung . . . . .	64
b) Für die Durchführung von Außenprüfungen . . . . .	64
c) Bei Übertragung der Durchführung auf eine andere Finanzbehörde . . . . .	64
2. Örtliche Zuständigkeit . . . . .	65
3. Funktionelle Zuständigkeit . . . . .	65
a) ...eine Frage der Organisationsverteilung? . . . . .	65
b) ...eine Frage der Entscheidungsbefugnis . . . . .	65
<b>V. Begründung</b> . . . . .	66
1. Schriftliche Begründung . . . . .	66
2. Mündliche Begründung . . . . .	66
3. Begründung in den Fällen des § 193 Abs. 1 AO . . . . .	66
4. Begründung in den Fällen des § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO . . . . .	66
5. Begründung bei nachträglicher Erweiterung oder Ergänzung . . . . .	67
<b>VI. Rechtsbehelfsbelehrung</b> . . . . .	67
1. Rechtslage bis 1.1.1987 . . . . .	67
2. Rechtslage seit dem 1.1.1987 . . . . .	68
<b>VII. Prüfungsanordnungen gegen Ehegatten</b> . . . . .	68
1. Gesonderte Prüfungsanordnungen . . . . .	68
2. Ausweichen auf Einzelermittlungen . . . . .	69
<b>VIII. Wiederholungsprüfungen</b> . . . . .	69
1. Zulässigkeit von Wiederholungsprüfungen . . . . .	69
2. Anforderungen an eine Wiederholungsprüfung . . . . .	70

<b>IX. Zwangsmittel</b> . . . . .	70
1. Zwangsmittel allgemein . . . . .	70
2. Zwangsgeld . . . . .	70
3. Ersatzvornahme . . . . .	70
4. Unmittelbarer Zwang . . . . .	70
<b>X. Prüfungsauftrag – Prüfungsanmeldung</b> . . . . .	70
1. Prüfungsauftrag . . . . .	70
2. Prüfungsanmeldung . . . . .	71
<b>XI. Fehlerhafte Prüfungsanordnungen</b> . . . . .	71
1. Niedrige Prüfungsanordnungen . . . . .	71
a) Mündliche Prüfungsanordnung . . . . .	71
b) Unklare Adressierung . . . . .	71
c) Fehlen von Mindestfordernissen . . . . .	72
d) Niedrige Prüfungsanordnung . . . . .	72
2. Zeitpunkt für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit einer Prüfungsanordnung . . . . .	72
3. Rechtswidrige Prüfungsanordnung . . . . .	73
4. Verwirkung des Anfechtungsrechts . . . . .	73
<b>XII. Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Außenprüfung</b> . . . . .	73
1. Beschwerde . . . . .	73
a) Zulässigkeit . . . . .	73
b) Wirkung . . . . .	73
aa) Keine Vollziehungshemmung . . . . .	73
bb) Beschwerde hat keinen Erfolg . . . . .	74
cc) Beschwerde hat Erfolg . . . . .	74
2. Anfechtungsklage . . . . .	74
3. Revision . . . . .	75
4. Nichtzulassungsbeschwerde . . . . .	75
5. Verwirkung des Anfechtungsrechts . . . . .	75
6. Aussetzung der Vollziehung . . . . .	75
a) Zulässigkeit . . . . .	75
b) Wirkung . . . . .	76
aa) Verlust der Wirksamkeit . . . . .	76
bb) Verbot des Prüfungsbeginns . . . . .	76
cc) Gebot der Einstellung . . . . .	76
7. Verwertungsverbot . . . . .	76
a) Niedrige oder für rechtswidrig erklärte Prüfungsanordnung . . . . .	76
b) Rechtswidrige Prüfungsmaßnahme . . . . .	76
c) Aufhebung der Prüfungsanordnung durch Urteil . . . . .	76
d) Prüfungsfeststellungen ohne vorhergehende Prüfungsanordnung . . . . .	76
e) Verstoß gegen bloße Ordnungsvorschriften . . . . .	77
f) Prüfungsfeststellungen auf Grund von Grundrechtsverstößen . . . . .	77

<b>§ 7 Bekanntgabe der Prüfungsanordnung</b> . . . . .	78
<b>I. Die Bekanntgabe</b> . . . . .	78
1. Bekanntgabe als Wirksamkeitsvoraussetzung . . . . .	78
2. Erfordernisse der Bekanntgabe . . . . .	78
a) Zugang . . . . .	78
b) Bekanntgabewille . . . . .	78
c) Behördlicher Akt . . . . .	78
d) Schriftform . . . . .	78
3. Bekanntgabefiktion . . . . .	79
a) Drei-Tages-Frist . . . . .	79
b) Monats-Frist . . . . .	79
4. Durchbrechung der Bekanntgabefiktion . . . . .	79
5. Zugang . . . . .	79
<b>II. Zeitliche Anforderungen an die Bekanntgabe</b> . . . . .	80
1. Bekanntgabe „angemessene Zeit“ vor Beginn der Prüfung . . . . .	80
2. Bekanntgabe mit Beginn der Prüfung . . . . .	80
a) Gefährdung des Prüfungszwecks . . . . .	80
b) Verzicht auf Einhaltung der Frist . . . . .	81
3. Rechtzeitige Bekanntgabe . . . . .	81
4. Bekanntgabe des voraussichtlichen Prüfungsbeginns . . . . .	81
5. Erweiternde Bekanntgabe . . . . .	82
<b>III. Verlegung des Prüfungsbeginns auf Antrag des Steuerpflichtigen</b> . . . . .	82
1. Der Antrag des Steuerpflichtigen . . . . .	82
2. Zeitliche Grenze der Antragstellung . . . . .	82
3. Gefährdung des Prüfungszwecks . . . . .	82
4. Der Einfluß der Verlegung auf die Verjährung . . . . .	83
5. Ermessensspielraum der Finanzbehörde . . . . .	83
6. Glaubhaftmachung von wichtigen Verlegungsgründen . . . . .	83
<b>IV. Anordnung der Betriebsprüfung nach § 5 BpO</b> . . . . .	84
1. Bindung der Verwaltung . . . . .	84
2. Hinweise auf die Rechte und Pflichten des Steuerpflichtigen . . . . .	84
3. Unterrichtung von der abgekürzten Außenprüfung . . . . .	84
<b>V. Bekanntgabe der unwesentlichen Bestandteile der Prüfungsanordnung</b> . . . . .	84
1. Unwesentliche Bestandteile der Prüfungsanordnung . . . . .	84
2. Antrag auf Datenänderung . . . . .	85
3. Voraussichtlicher Prüfungsbeginn . . . . .	85
4. Ausschluß oder Ablehnung des Prüfers . . . . .	85

<b>§ 8 Beginn der Außenprüfung</b>	86
<b>I. Erscheinen in Prüfungsabsicht</b>	86
1. Erscheinen	86
2. Erscheinen und Ablaufhemmung nach § 171 AO	86
3. Erscheinen und Selbstanzeige nach § 371 AO	86
4. Erscheinen in „Prüfungsabsicht“	87
5. Beginn einer Prüfung	87
6. Scheinhandlungen	87
<b>II. Ausweispflicht</b>	88
1. Unverzügliche Ausweispflicht	88
2. Sinn der Ausweispflicht	88
3. Ausweispflicht gegenüber dem Steuerpflichtigen	89
<b>III. Schriftliche Fixierung des Prüfungsbeginns</b>	89
1. Fixierung des „Beginns“ der Außenprüfung	89
a) Fixierungsgebot	89
b) Bedeutung der Fixierung	89
aa) Ablaufhemmung der Festsetzungsfrist	89
bb) Außenprüfung vor Ablauf der Festsetzungsfrist	90
cc) Außenprüfung nach Ablauf der Festsetzungsfrist	90
dd) Beginn der Festsetzungsfrist	90
ee) Dauer der Festsetzungsfrist	90
ff) Hemmung der Festsetzungsfrist	90
gg) Antrag auf Verlegung des Beginns der Außenprüfung	91
hh) Ausschluß der Ablaufhemmung der Verjährung	91
ii) Beschränkung der Dauer der Ablaufhemmung	91
2. Keine Fixierung des „Erscheinens“ des Außenprüfers	92
<b>§ 9 Ausschluß einer strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung</b>	
– wegen Erscheinens eines Außenprüfers –	92
<b>I. Strafbefreiende Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung</b>	92
1. Steuerhinterziehung	92
a) Unrichtige oder unvollständige Angaben	92
b) Pflichtwidriges Unterlassen von Angaben	92
c) Pflichtwidriges Unterlassen von Steuerzeichen	92
2. Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung	93
<b>II. Sperre für die strafbefreiende Selbstanzeige</b>	94
1. Erscheinen eines Amtsträgers der Finanzbehörde zur steuerlichen Prüfung	94
a) Bedeutung der Sperre	94
b) Amtsträger der Finanzbehörde	94

c) Erscheinen der Amtsträger . . . . .	95
d) Erfordernis der Prüfungsabsicht . . . . .	97
2. Wirkung des Erscheinens des Amtsträgers . . . . .	98
a) Sperrwirkung . . . . .	98
b) Persönlicher Umfang der Sperrwirkung . . . . .	98
c) Sachlicher Umfang der Sperrwirkung . . . . .	99
<b>III. Ende der Sperrwirkung . . . . .</b>	<b>99</b>
1. Vorübergehende Sperrwirkung . . . . .	99
2. Wiederaufleben des Selbstanzeigerechts . . . . .	100
3. Prüfung mit oder ohne Mehrergebnis . . . . .	100
a) Prüfung mit Mehrergebnis . . . . .	100
b) Prüfung ohne Mehrergebnis . . . . .	101
<b>§ 10 Abgekürzte Außenprüfung . . . . .</b>	<b>101</b>
<b>I. Voraussetzungen . . . . .</b>	<b>101</b>
1. Außenprüfung in regelmäßigen Zeitabständen nicht erforderlich . . . . .	101
2. Ausnahme vom Regelfall . . . . .	102
3. Entschließungs- und Auswahlermessungen . . . . .	102
<b>II. Effiziente Durchführung des Besteuerungs- bzw. Festsetzungsverfahrens . . . . .</b>	<b>103</b>
<b>III. Besonderheiten der abgekürzten Außenprüfung . . . . .</b>	<b>103</b>
1. Anordnung einer abgekürzten Außenprüfung . . . . .	103
2. Beschränkung auf die wesentlichen Besteuerungsgrundlagen . . . . .	103
3. Kein Verwertungsverbot bei Erweiterung der Prüfung . . . . .	104
4. Keine Schlußbesprechung . . . . .	104
5. Keine Übersendung des Prüfungsberichts vor seiner Auswertung . . . . .	104
6. Folgen der abgekürzten Außenprüfung . . . . .	105
<b>IV. Übergang zur „normalen“ Außenprüfung . . . . .</b>	<b>105</b>
1. Erweitertes rechtliches Gehör . . . . .	105
2. Erweiterung der Prüfungsanordnung . . . . .	105
<b>C. Die Rechtsstellung des Steuerpflichtigen und der Finanzbehörde während einer Außenprüfung . . . . .</b>	<b>106</b>
<b>§ 11 Rechte und Pflichten hinsichtlich der Bereitstellung der technischen Voraussetzungen . . . . .</b>	<b>106</b>
<b>I. Rechtliche Regelung . . . . .</b>	<b>106</b>
1. § 200 AO als lex specialis . . . . .	106
2. Passive Duldungspflichten – aktive Mitwirkungspflichten . . . . .	106

<b>II. Bereitstellung geeigneter Räume</b> . . . . .	107
1. Bestimmung des Prüfungsortes . . . . .	107
a) Zuweisung eines Prüfungstraumes . . . . .	107
b) Kein Recht auf separaten Raum . . . . .	107
2. Geeigneter Raum . . . . .	108
a) Der Begriff Raum . . . . .	108
b) Qualifizierung als „geeignet“ . . . . .	108
3. Rechtsbehelf gegen die Bestimmung des Prüfungsortes . . . . .	108
4. Unentgeltlichkeit der Bereitstellung . . . . .	108
5. Geschäftsräume . . . . .	108
a) Prüfung in den Geschäftsräumen . . . . .	108
b) Prüfung während der üblichen Geschäfts- oder Arbeitszeit . . . . .	109
c) Gemischt genutzte Räume . . . . .	110
6. Wohnräume . . . . .	110
a) Die Alternative: Wohnung – Amtsstelle . . . . .	110
b) Wahlrecht des Steuerpflichtigen . . . . .	110
7. Räume an Amtsstelle . . . . .	111
8. Räume des Steuerberaters . . . . .	112
a) Antrag des Steuerpflichtigen . . . . .	112
b) Einverständnis des Steuerpflichtigen, des Steuerberaters und des Prüfers . . . . .	112
9. Zulässigkeit des Eingriffs in die geschäftliche und private Sphäre	113
a) Bindung der Steuergesetze an die Grundrechte und die verfassungsmäßige Ordnung . . . . .	113
b) Geschäftsräume . . . . .	114
c) Privatwohnung . . . . .	114
d) Gemischt genutzte Räume . . . . .	115
e) Grundrechtseingriffe durch Außenprüfung? . . . . .	116
<b>III. Bereitstellung eines geeigneten Arbeitsplatzes</b> . . . . .	116
<b>IV. Bereitstellung der erforderlichen Hilfsmittel</b> . . . . .	117
1. Begriffsabgrenzung . . . . .	117
2. Technische Hilfsmittel . . . . .	117
a) Hilfsmittel . . . . .	117
b) Annehmlichkeiten . . . . .	118
3. Hilfsmittel bei EDV-gespeicherten Unterlagen . . . . .	118
<b>V. Die Berechtigung zum Betreten und Besichtigen von Grundstücken und Betriebsräumen</b> . . . . .	119
1. Betriebsbesichtigung und Augenscheineinnahme . . . . .	119
2. Betriebsbesichtigung . . . . .	119
a) Erreichen des Prüfungsziels . . . . .	119
b) Rechtliches Gehör und Gleichmäßigkeit der Besteuerung . . . . .	119
aa) Rechtliches Gehör . . . . .	119
bb) Gleichmäßigkeit der Besteuerung . . . . .	120
c) Ermöglichen der Betriebsbesichtigung . . . . .	120

d) Hinzuziehung des Betriebsinhabers oder seines Beauftragten	120
e) Hinzuziehung eines Sachverständigen	121
f) Besichtigung von Grundstücken und Betriebsräumen	121
aa) Grundstücke und Betriebsräume	121
bb) Betriebsbesichtigung in mehreren Akten	121
cc) Betriebsbesichtigung und Beweiserhebung	121
dd) Betriebsbesichtigung und Geheimhaltungsinteresse	121
3. Sonstige Augenscheineinnahme	122
a) Zulässigkeit der Augenscheineinnahme	122
b) Anordnung der Augenscheineinnahme	122
c) Hinzuziehung von Sachverständigen	122
d) „Aktenkundigmachen“ der Ergebnisse einer Augenscheineinnahme	122
e) Beschwerde gegen die Anordnung einer Augenscheineinnahme	122
4. Zeitliche Begrenzung der Betriebsbesichtigung und der sonstigen Augenscheineinnahme	123
a) Die übliche Geschäfts- oder Arbeitszeit	123
b) Buchhaltungsräume – Produktionsräume	123
c) Gleitende Arbeitszeiten	123
d) Arbeitszeiten der Finanzbehörde	123
<b>§ 12 Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen</b>	124
<b>I. Die überwiegend aktiven Mitwirkungspflichten</b>	124
<b>II. Die Konkretisierung der Mitwirkungspflichten</b>	124
<b>III. Die Vorlage von (Geschäfts-) Urkunden</b>	125
1. Subsidiarität zur Auskunft	125
2. Keine Subsidiarität zur Auskunft	125
<b>IV. Vorlage von Aufzeichnungen, Büchern, Geschäftspapieren und anderen Urkunden</b>	125
1. Vorlagepflicht	125
a) Geschäftsunterlagen	125
aa) Eigentliche Geschäftsunterlagen	125
bb) Private Unterlagen	127
cc) Statistisches Material	128
dd) Auskunftsverweigerungsrecht	128
b) Aufsichtsrats- und Vorstandsprotokolle	128
2. Vorlageverlangen	128
a) Umfang	128
b) Vorlagepflicht	128
c) Vorlagerecht	129
d) Vorlageort	129
e) Vorlagezeitraum	129
f) Entfernung der Urkunden vom Prüfungsort	129
g) Keine prüfungsspezifische Aufbereitung der Urkunden	129
3. Die zum Verständnis erforderlichen Erläuterungen	129

<b>V. Erteilung von Auskünften</b> . . . . .	130
1. Auskunftserteilung allgemein . . . . .	130
a) Mitteilung von Wissen . . . . .	130
b) Verantwortung für die Sachaufklärung . . . . .	131
c) Aufklärungsinteresse – Vertrauenschutzinteresse . . . . .	131
d) Gesetzliche Beschränkung der persönlichen Freiheit . . . . .	131
e) Formfreiheit von Auskünften . . . . .	131
f) Mündlichkeit des Auskunftsertersuchens . . . . .	131
g) Beibringung notwendiger Unterlagen . . . . .	132
h) Das Auskunftsverlangen . . . . .	132
2. Auskunftserteilung durch den Steuerpflichtigen . . . . .	132
a) Originäre Auskunftspflicht . . . . .	132
b) Derivative Auskunftspflicht . . . . .	132
c) Aufklärungslast . . . . .	133
d) Formfreie Auskunftsersuchen . . . . .	133
e) Allgemeine Unterstützungs pflicht . . . . .	133
f) Ende der spezifischen Mitwirkungspflicht . . . . .	133
g) Fortdauer der allgemeinen Mitwirkungspflicht . . . . .	134
3. Auskunftserteilung durch vom Steuerpflichtigen benannte Personen . . . . .	134
a) Benennung von Auskunftspersonen . . . . .	134
b) Mehrheit von Auskunftspersonen . . . . .	134
c) Andere Personen als Auskunftspersonen . . . . .	134
d) Recht auf Anwesenheit bei Befragung . . . . .	135
4. Auskunftserteilung durch andere Betriebsangehörige . . . . .	135
a) „Andere“ Betriebsangehörige . . . . .	135
b) Subsidiarität der Befragung „anderer“ . . . . .	135
5. Auskunftserteilung durch sonstige, dritte Personen . . . . .	135
a) Die lex generalis des § 93 Abs. 1 Satz 3 AO . . . . .	135
b) Auskunftspflicht der Beteiligten und anderer Personen . . . . .	135
c) Schriftlichkeit des Auskunftsersuchens . . . . .	136
d) Auskunftserteilung durch den Steuerberater . . . . .	136
aa) Der Steuerberater als sonstige dritte Person . . . . .	136
bb) Wahrung der Belange des Mandanten . . . . .	136
cc) Verfahrensmäßige Rechtsstellung und bürgerlich-rechtlicher Pflichtenkreis . . . . .	137
dd) Der Steuerberater als bevollmächtigter Vertreter . . . . .	137
ee) Der Steuerberater als Auskunftsperson . . . . .	137
ff) Der Steuerberater als Beistand . . . . .	137
gg) Der Steuerberater als dritte Person . . . . .	138
e) Auskunftserteilung durch Angehörige . . . . .	138
aa) Angehörige als sog. dritte Personen . . . . .	138
bb) Angehörige als andere Betriebsangehörige . . . . .	138
cc) Die Personen der §§ 34, 35 AO . . . . .	138
6. Auskunftserteilung durch Banken . . . . .	138
a) Die Banken als sog. Dritte . . . . .	138
b) Schutz von Bankkunden . . . . .	139
c) Einzelauskunftsersuchen . . . . .	139

d) Bankgeheimnis kein Berufsgeheimnis . . . . .	139
e) Sammelauskunftsersuchen . . . . .	139
f) Prüfung von CpD-Konten . . . . .	140
<b>VI. Auskunftsverweigerungsrechte . . . . .</b>	<b>140</b>
1. Voraussetzungen eines Verweigerungsrechts . . . . .	140
a) Qualifikation des Auskunftsverlangens . . . . .	140
b) Notwendigkeit . . . . .	140
c) Verhältnismäßigkeit . . . . .	140
d) Erfüllbarkeit . . . . .	140
e) Zumutbarkeit . . . . .	140
f) Auskunftsverweigerungsrecht . . . . .	141
g) Vorlageverweigerungsrecht . . . . .	141
2. Verweigerungsrecht des Steuerpflichtigen . . . . .	141
a) Der Steuerpflichtige als Verweigerungsberechtigter . . . . .	141
b) Schätzung von Besteuerungsgrundlagen . . . . .	141
c) Anwendung von Zwangsmitteln . . . . .	141
3. Verweigerungsrecht von Angehörigen eines Beteiligten . . . . .	141
a) Die Angehörigen als Verweigerungsberechtigte . . . . .	141
b) Beteiligte im Außenprüfungsverfahren . . . . .	142
c) Angehörige eines Beteiligten . . . . .	142
d) Wahlrecht zur Auskunftsverweigerung . . . . .	142
aa) Zweck des Wahlrechts . . . . .	142
bb) Keine Angabe von Gründen . . . . .	142
cc) Verwertungsrecht . . . . .	142
dd) Recht, die Beeidigung zu verweigern . . . . .	142
4. Auskunftsverweigerungsrecht zum Schutz bestimmter Berufsgeheimnisse . . . . .	143
a) Der Begriff „Geheimnis“ . . . . .	143
b) Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse . . . . .	143
c) Berufsgeheimnisse . . . . .	143
d) Auskunftsverweigerungsrecht der Geistlichen . . . . .	144
aa) Geistliche . . . . .	144
bb) Hilfspersonen . . . . .	144
cc) Verschwiegenheitspflicht . . . . .	144
e) Auskunftsverweigerungsrecht der Mitglieder von Gesetzgebungsorganen . . . . .	144
f) Auskunftsverweigerungsrecht der Mitglieder bestimmter qualifizierter Berufsgruppen . . . . .	144
aa) Die Verweigerungsberechtigten . . . . .	144
bb) Das Verweigerungsrecht . . . . .	144
cc) Schutz des Vertrauensverhältnisses . . . . .	145
dd) Verweigerungsrecht nach Beendigung der Berufstätigkeit . . . . .	145
ee) Schutz des Beratungsgeheimnisses . . . . .	145
g) Auskunftsverweigerungsrecht der Mitarbeiter von Presse und Rundfunk . . . . .	145
aa) Die Verweigerungsberechtigten . . . . .	145
bb) Schutz des Vertrauensverhältnisses . . . . .	145
cc) Beschränkung auf redaktionellen Teil . . . . .	146

<b>§ 13 Der Einfluß von Kontrollmitteilungen auf die Rechtsstellung des Steuerpflichtigen</b> . . . . .	146
<b>I. Fertigung von Kontrollmitteilungen</b> . . . . .	146
1. Feststellung von Verhältnissen Dritter . . . . .	146
2. Kontrollmitteilungen über steuerlich relevante Verhältnisse . . . . .	146
3. Kontrollmitteilungen über unerlaubte Hilfeleistung in Steuersachen . . . . .	146
4. Auswertung von Kontrollmitteilungen . . . . .	146
5. Typische Geschäftsvorfälle für Kontrollmitteilungen . . . . .	147
6. Gefahr einer Steuerhinterziehung oder Steuerverkürzung . . . . .	148
7. Änderungen von Steuerfestsetzungen . . . . .	148
8. Verhinderung der Auswertung . . . . .	148
9. Selbstbindung der Finanzverwaltung . . . . .	148
10. Kontrollmitteilungen als Nebenprodukt von Außenprüfungen . . . . .	149
<b>II. Voraussetzungen einer Kontrollmitteilung</b> . . . . .	149
1. Entschließungs- und Auswahlermessen des Prüfers . . . . .	149
2. Schutz des Steuergeheimnisses . . . . .	149
3. Bindung der Kontrollmitteilungen . . . . .	149
<b>III. Kontrollmitteilungen und Schutz von Bankkunden</b> . . . . .	150
1. Keine Mitteilung von Konten . . . . .	150
2. Einschränkung durch Bankenerlaß . . . . .	150
3. Einschränkung durch § 30a AO . . . . .	150
4. Legitimationsprüfung nach § 154 Abs. 2 AO . . . . .	150
5. Sicherung der formalen Kontenwahrheit . . . . .	151
a) Pflicht zur Kontenwahrheit . . . . .	151
b) Prüfungspflicht des Kontenführers . . . . .	151
aa) Gewißheit über die Person des Verfügungsberechtigten . . . . .	151
bb) Die Legitimationspflichtigen . . . . .	152
cc) Abwicklung von Geschäftsvorfällen über CpD-Konten . . . . .	152
dd) Der Verfügungsberechtigte . . . . .	153
ee) Verfügungsberechtigung bei Verträgen zugunsten Dritter . . . . .	153
ff) Errichtung eines Gemeinschaftskontos . . . . .	153
gg) Die Legitimationsprüfung . . . . .	153
hh) Prüfen – Festhalten – Sichern . . . . .	153
ii) Zweck der Legitimationsprüfung . . . . .	154
jj) Name und Anschrift des Kontoinhabers . . . . .	154
c) Exkurs – Herausgabeverbot und Zuwiderhandlung . . . . .	154
<b>IV. Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit Kontrollmitteilungen</b> . . . . .	158
1. Kontrollmitteilungen über steuerlich relevante Verhältnisse Dritter . . . . .	158

a)	Anfertigung von Kontrollmitteilungen . . . . .	158
b)	Zweck der Kontrollmitteilungen . . . . .	158
c)	Inhalt der Kontrollmitteilungen . . . . .	158
2.	Feststellungen, die die Verhältnisse dritter Personen betreffen . . . . .	158
a)	Grundsätzliche Zulässigkeit von Kontrollmitteilungen . . . . .	158
b)	Qualifizierung der Kontrollmitteilungen . . . . .	159
c)	Schranken für die Kontrollmitteilungen . . . . .	159
d)	Auskunftsverweigerungsrecht . . . . .	159
3.	Feststellungen, die zwar die Verhältnisse des Steuerpflichtigen betreffen, die aber für eine andere Steuerart als die geprüfte relevant sind . . . . .	160
a)	Der einengende Wortlaut des § 194 Abs. 3 AO . . . . .	160
b)	Die erweiternde Auslegung des § 194 Abs. 3 AO . . . . .	160
<b>§ 14 Prüfungsgrundsätze</b>	160	
<b>I. Durchführung der Prüfung</b>	160	
1.	Pflichtgemäßes Ermessen . . . . .	160
2.	Modalitäten der Prüfung . . . . .	160
3.	Kriterien der Prüfung . . . . .	161
a)	Betriebsgröße . . . . .	161
b)	Prüfungsauftrag . . . . .	161
c)	Prüfungsmethode . . . . .	161
4.	Prüfungsgrundsätze allgemein . . . . .	161
<b>II. Untersuchungsgrundsatz</b>	161	
1.	Besteuerungsgrundsätze . . . . .	161
2.	Untersuchungsgrundsatz . . . . .	161
3.	Beweismittel . . . . .	161
4.	Prüfungsgrundsätze im einzelnen . . . . .	161
a)	Ermittlung der steuerlichen Verhältnisse . . . . .	161
b)	Tatsächliche und rechtliche Verhältnisse . . . . .	162
c)	Prüfung zugunsten und zuungunsten . . . . .	162
d)	Stichprobenweise Prüfung . . . . .	162
e)	Prüfungsmethode . . . . .	162
<b>III. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel</b>	162	
1.	Keine gesetzliche Regelung . . . . .	162
2.	Das Verhältnis Arbeitsaufwand/Prüfungsergebnis . . . . .	162
3.	Zweck des Grundsatzes . . . . .	163
4.	Rechtsbehelf gegen Prüfungstätigkeit . . . . .	163
<b>IV. Informationsanspruch des Steuerpflichtigen</b>	163	
1.	Unterrichtung des Steuerpflichtigen . . . . .	163
2.	Überleitung in ein Steuerstrafverfahren . . . . .	163
3.	Nachholung des Rechts auf Gehör . . . . .	163
4.	Unterrichtung und Verfahrensökonomie . . . . .	164

5. Umfang des Informationsanspruchs . . . . .	164
a) Informationsanspruch und Recht auf Gehör . . . . .	164
b) Zeitlicher und gegenständlicher Umfang . . . . .	164
c) Form der Unterrichtung . . . . .	164
d) Unterrichtung über die möglichen steuerlichen Auswirkungen . . . . .	165
<b>§ 15 Verdacht einer Steuerstrafat</b> . . . . .	165
<b>I. Unverzügliche Unterrichtung der für die Ermittlung von Straftaten zuständigen Finanzbehörde</b> . . . . .	165
<b>II. Unterbrechung der Prüfungsermittlungen</b> . . . . .	165
1. Verdacht gegen den Steuerpflichtigen . . . . .	165
2. Unterbrechung der Ermittlungen . . . . .	166
3. Voraussetzungen der Unterbrechung . . . . .	166
4. Verdacht gegen andere Personen als den Steuerpflichtigen . . . . .	166
5. Vager Verdacht gegen den Steuerpflichtigen . . . . .	166
<b>III. Umfang der Unterbrechung</b> . . . . .	167
1. Unterbrechung „soweit der Verdacht reicht“ . . . . .	167
2. Das Verständnis des engen Tatbegriffs . . . . .	167
3. Das Verständnis des weiten Tatbegriffs . . . . .	168
4. Bedenken gegen die Zulässigkeit der begrenzten Fortsetzung der Außenprüfung . . . . .	168
<b>IV. Fortsetzung der Ermittlungen</b> . . . . .	169
1. Fortsetzung der Ermittlungen vor der Mitteilung der Einleitung . . . . .	169
2. Mitteilung der Einleitung als Voraussetzung der Fortsetzung der Ermittlungen . . . . .	169
a) Bedeutung der Mitteilung der Einleitung . . . . .	169
b) Zeitpunkt der Mitteilung der Einleitung . . . . .	170
c) Die zur Mitteilung Verpflichteten . . . . .	171
3. Belehrung nach § 393 Abs. 1 Satz 4 AO . . . . .	172
a) Gegenstand der Belehrung . . . . .	172
b) Zeitpunkt der Belehrung . . . . .	172
c) Form der Belehrung . . . . .	174
<b>D. Die Rechtsstellung des Steuerpflichtigen und der Finanzbehörde nach Abschluß einer Außenprüfung</b> . . . . .	175
<b>§ 16 Die Schlußbesprechung</b> . . . . .	175
<b>I. Das Recht auf Schlußbesprechung</b> . . . . .	175
1. Erforderlichkeit . . . . .	175
2. Verzichtbarkeit . . . . .	175
3. Abhaltung einer Schlußbesprechung . . . . .	175

<b>II. Zweck der Schlußbesprechung</b>	176
<b>III. Unterrichtung des Steuerpflichtigen</b>	176
<b>IV. Ort der Schlußbesprechung</b>	177
<b>V. Teilnehmer der Schlußbesprechung</b>	177
1. Steuerpflichtige	177
2. Gesellschafter von Personengesellschaften	177
3. Vertreter der Finanzverwaltung	178
4. Bundesamt für Finanzen	178
5. Gemeinden	178
<b>VI. Verzicht auf die Schlußbesprechung</b>	178
<b>VII. Die Vorbereitungsfunktion der Schlußbesprechung</b>	178
<b>VIII. Hinweis auf mögliches Strafverfahren</b>	179
<b>§ 17 Der Außenprüfungsbericht</b>	180
<b>I. Ergehen eines Prüfungsberichts</b>	180
<b>II. Inhalt des Prüfungsberichts</b>	181
<b>III. Übersendung des Prüfungsberichts</b>	182
<b>IV. Zweck des Prüfungsberichts</b>	182
1. Nach außen wirkende Aufgabe	182
2. Innerdienstliche Aufgabe	183
<b>V. Übersendung des Prüfungsberichts vor seiner Auswertung</b>	183
<b>VI. Zur rechtlichen Qualifizierung des Prüfungsberichts</b>	184
<b>§ 18 Rechtsfolgen, die nach Abschluß einer Außenprüfung eintreten</b>	184
<b>I. Rechtsfolgen allgemein</b>	184
1. Arten der Rechtsfolgen	184
a) Rechtsfolgen, die mit Beginn einer Außenprüfung eintreten	184
b) Rechtsfolgen, die sich nach Abschluß einer Außenprüfung ergeben	184
2. Anknüpfungspunkte der Rechtsfolgen	185
<b>II. Rechtsfolgen im einzelnen</b>	185
1. Aufhebung des Vorbehalts der Nachprüfung nach § 164 Abs. 3 Satz 3 AO	185

a)	Änderung von Vorbehalt-Bescheiden	185
b)	Entfallen der Vorbehaltswirkung	185
c)	Aufhebung des Vorbehalts	185
d)	Endgültiger Änderungsbescheid	186
2.	Eingeschränkte Korrekturmöglichkeiten bei endgültigen Steuerbescheiden nach § 173 Abs. 2 AO	186
a)	Grundsätzliche Zulässigkeit von Wiederholungsprüfungen	186
b)	Gefahr eines Ermessensfehlgebrauchs	186
c)	Anordnung einer Zweitprüfung	186
d)	Gegenstand der Zweitprüfung	186
e)	Änderungssperre	187
f)	Kein Rechtsschutz durch Änderungssperre	187
3.	Erteilung einer verbindlichen Zusage nach § 204 AO	188
a)	Verbindliche Zusage	188
b)	Zweck der verbindlichen Zusage	188
c)	Antrag auf verbindliche Zusage	188
d)	Ablehnung des Antrags	189
e)	Voraussetzungen für eine Zusage	189
f)	Form der Zusage	190
aa)	Schriftform	190
bb)	Kennzeichnung als verbindlich	190
g)	Inhalt der Zusage	190
h)	Bindungswirkung	190
i)	Außenkrafttreten, Aufhebung oder Änderung der Zusage	191
j)	Mißbrauch der Verbindlichkeit	191
k)	Verbindliche Zusage – verbindliche Auskunft	192
<b>E.</b>	<b>Rechtsschutz gegen Maßnahmen der steuerlichen Außenprüfung</b>	193
<b>§ 19</b>	<b>Rechtsschutz gegen Maßnahmen der steuerlichen Außenprüfung</b>	193
<b>I.</b>	<b>Außergerichtlicher und gerichtlicher Rechtsschutz</b>	193
1.	Das öffentlich-rechtliche Verhältnis Staat / Individuum	193
a)	Das öffentlich-rechtliche Verhältnis als Dauerrechtsverhältnis	193
b)	Das konkret spezielle öffentlich-rechtliche Individualrechtsverhältnis als Konkretisierungsform des Dauerrechtsverhältnisses	193
c)	Das Steuerpflichtverhältnis	193
d)	Parallelität steuerrechtlicher Beziehungen	194
2.	Individualrechtsschutz und Verwaltungskontrolle	195
a)	Lückenloser verfahrens- und materiellrechtlicher Rechtsschutz	195
b)	Grundentscheidung über die Stellung der Rechtsprechung zur Verwaltung	196
c)	Wertung des Rechtsschutzbegehrrens	197
3.	Individualrechtsschutz und Gesamtrechtsordnung	198
a)	Schutz vor ungesetzlichem Zwang	198
b)	Partizipation an der Verbindlichkeit und verpflichtenden Kraft der Gesamtrechtsordnung	198

c) Zum repressiven Charakter des Rechtsschutzes . . . . .	199
4. Verwirklichung des Individualrechtsschutzes . . . . .	199
a) Bindung der Beteiligten . . . . .	199
b) Die beschränkte Prüfungsbefugnis . . . . .	200
c) Rechtsfrieden durch Rechtsschutzgewährung . . . . .	201
d) Das Rechtsschutzbegehren als äußere Form des vom Kläger angestrebten Sicherheitsziels . . . . .	201
e) Außerordentliche und ordentliche Rechtsbehelfe . . . . .	201
<b>II. Die außerordentlichen Rechtsbehelfe</b> . . . . .	202
1. Arten außerordentlicher Rechtsbehelfe . . . . .	202
a) Gegenvorstellung und Dienstaufsichtsbeschwerde . . . . .	202
b) Formfreiheit . . . . .	202
c) Keine Fristgebundenheit . . . . .	202
d) Das Recht, einen außerordentlichen Rechtsbehelf einzulegen . . . . .	202
e) Rechtsbehelfsobjekt . . . . .	202
f) Kein Suspensiveffekt . . . . .	202
g) Antrag auf Aussetzung der Vollziehung . . . . .	203
h) Anfechtbare Maßnahmen . . . . .	203
aa) Der Prüfungsauftrag . . . . .	203
bb) Die vorbereitenden Handlungen für die Außenprüfung .	203
cc) Die Auskünfte . . . . .	203
dd) Das Verhalten des Prüfers an sich . . . . .	203
ee) Die Schlußbesprechung nach § 201 AO . . . . .	203
ff) Der Prüfungsbericht nach § 202 AO . . . . .	203
2. Gegenvorstellung . . . . .	203
a) Adressat der Gegenvorstellung . . . . .	203
b) Art der Einwendungen . . . . .	203
c) Konsequenzen der Gegenvorstellung . . . . .	204
3. Dienstaufsichtsbeschwerde . . . . .	204
a) Adressat der Dienstaufsichtsbeschwerde . . . . .	204
b) Dienstaufsichtsbeschwerde – Sachaufsichtsbeschwerde . .	204
aa) Die Dienstaufsichtsbeschwerde . . . . .	204
bb) Die Sachaufsichtsbeschwerde . . . . .	204
cc) Anlaß für die Dienstaufsichtsbeschwerde . . . . .	204
<b>III. Die ordentlichen Rechtsbehelfe allgemein</b> . . . . .	205
<b>IV. Die ordentlichen außergerichtlichen Rechtsbehelfe im einzelnen</b> . .	206
1. Einspruch . . . . .	206
a) Stathaltigkeit . . . . .	206
aa) § 348 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2, Nr. 6 AO . . . . .	206
aaa) Verwaltungsakte i. S. d. § 348 Abs. 1 Nr. 1 AO .	206
bbb) Verwaltungsakte i. S. d. § 348 Abs. 1 Nr. 2 AO .	206
ccc) Verwaltungsakte i. S. d. § 348 Abs. 1 Nr. 6 AO .	206
bb) Umdeutung eines unstatthaften Rechtsbehelfs . . .	206
cc) Unrichtige Bezeichnung des Rechtsbehelfs . . . . .	207
dd) Nichtbezeichnung des Rechtsbehelfs . . . . .	208

ee) Antrag auf „schlichte Änderung“ . . . . .	208
b) Einspruchsbefugnis . . . . .	208
aa) § 350 AO . . . . .	208
bb) Geltendmachung der Rechtsverletzung . . . . .	208
cc) Geltendmachung der Verletzung von Rechten . . . . .	209
dd) Geltendmachung der Verletzung eigener Rechte . . . . .	210
ee) Geltendmachung der Rechtsverletzung . . . . .	210
ff) Geltendmachung der Rechtsverletzung durch einen Verwaltungsakt . . . . .	210
c) Einlegung des Einspruchs . . . . .	210
aa) Formen des Einspruchs . . . . .	210
bb) Ort der Anbringung . . . . .	211
cc) Mangel der Form . . . . .	212
d) Einspruchsfrist . . . . .	212
aa) § 355 Abs. 1 Satz 1 AO . . . . .	212
bb) Vorliegen der Rechtsbehelfsbelehrung . . . . .	213
cc) Unterbliebene oder unrichtige Rechtsbehelfsbelehrung . . . . .	213
dd) Mangel der Fristwahrung . . . . .	213
ee) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand . . . . .	213
e) Rechtsschutzbegehren . . . . .	214
f) Wiederaufrollung des Verfahrens . . . . .	214
g) Entscheidung über den Einspruch . . . . .	215
aa) Einspruchsentscheidung – Abhilfeentscheidung . . . . .	215
bb) Einspruchsentscheidung . . . . .	215
cc) Abhilfeentscheidung . . . . .	215
h) Wirkungen des Einspruchs . . . . .	215
aa) Erhebung der Abgabe – kein Suspensiveffekt . . . . .	215
bb) Aussetzung der Vollziehung . . . . .	216
cc) Stundung . . . . .	217
2. Beschwerde . . . . .	220
a) Statthaftigkeit . . . . .	220
aa) § 349 Abs. 1 Satz 1 AO . . . . .	220
bb) Umdeutung eines unstatthaften Rechtsbehelfs . . . . .	221
cc) Unrichtige Bezeichnung des Rechtsbehelfs . . . . .	221
b) Beschwerdebefugnis . . . . .	221
aa) § 350 AO . . . . .	221
bb) Geltendmachung der Rechtsverletzung . . . . .	222
cc) Geltendmachung der Verletzung von Rechten . . . . .	222
dd) Geltendmachung der Verletzung eigener Rechte . . . . .	222
ee) Geltendmachung der Rechtsverletzung durch einen Verwaltungsakt . . . . .	222
c) Einlegung der Beschwerde . . . . .	222
aa) Formen der Beschwerde . . . . .	222
bb) Inhalt der Beschwerde . . . . .	223
cc) Ort der Anbringung . . . . .	224
d) Beschwerdefrist . . . . .	224
e) Verzicht auf die Beschwerde . . . . .	224
f) Rücknahme der Beschwerde . . . . .	226
g) Entscheidung über die Beschwerde . . . . .	227
aa) Abhilfeentscheidung – Vorlage – Beschwerdeentscheidung . . . . .	227

bb) Abhilfeentscheidung . . . . .	227
cc) Vorlage . . . . .	228
dd) Beschwerdeentscheidung . . . . .	228
h) Wirkungen der Beschwerde . . . . .	229
aa) Kein Suspensiveffekt . . . . .	229
bb) Aussetzung der Vollziehung . . . . .	229
<b>V. Die ordentlichen gerichtlichen Rechtsbehelfe allgemein . . . . .</b>	<b>230</b>
1. Der Weg zum Finanzgericht . . . . .	230
2. Rechtsschutzbegehren . . . . .	231
<b>VI. Die Klage . . . . .</b>	<b>231</b>
1. Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	231
a) ...bzgl. der Klage . . . . .	231
aa) Ordnungsmäßigkeit der Klageerhebung . . . . .	231
bb) Wirksame gewillkürte Bevollmächtigung . . . . .	232
cc) Postulationsfähigkeit . . . . .	232
b) ...bzgl. des Gerichts . . . . .	233
aa) Örtliche Zuständigkeit . . . . .	233
bb) Sachliche Zuständigkeit . . . . .	233
c) ...bzgl. der Beteiligten . . . . .	233
aa) Beteiligtenfähigkeit . . . . .	233
aaa) Beteiligte am Verfahren . . . . .	233
aaaa) Kläger . . . . .	233
bbbb) Beklagter . . . . .	233
cccc) Beigeladener . . . . .	233
dddd) Beigetretener . . . . .	233
bb) Existenz der Beteiligten . . . . .	233
cc) Keine gesetzliche Regelung . . . . .	234
aaaa) Natürliche und juristische Personen . . . . .	234
bbbb) (Personen-) Vereinigungen . . . . .	234
cccc) Behörden . . . . .	234
b) Verfahrenshandlungsfähigkeit . . . . .	234
aa) Begriff der Verfahrenshandlungsfähigkeit . . . . .	234
bb) Die Geschäftsfähigen . . . . .	234
cc) Die als geschäftsfähig Anerkannten . . . . .	234
dd) Gesetzliche Vertretung Prozeßunfähiger und juristischer Personen . . . . .	234
d) ...bzgl. des Streitgegenstandes . . . . .	235
aa) Keine entgegenstehende Rechtshängigkeit . . . . .	235
bb) Keine entgegenstehende Rechtskraft . . . . .	235
cc) Zulässigkeit des Finanzgerichtswegs . . . . .	235
dd) Rechtsschutz – Bedürfnis . . . . .	235
ee) Kein Verbrauch durch Rücknahme der Klage . . . . .	235
aaa) Rücknahme der Klage . . . . .	235
bbb) Rücknahme mit Einwilligung des Beklagten . . . . .	235
ccc) Verlust der Klage . . . . .	235
ddd) Einstellung durch Beschuß . . . . .	235
ff) Kein Verbrauch durch Verzicht auf die Klage . . . . .	235
aaa) Klageverzicht . . . . .	236

bbb) Unzulässigkeit der Klage . . . . .	236
ccc) Erklärung des Verzichts . . . . .	236
2. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	236
a) Die jeweils erhobene Klageart . . . . .	236
aa) Anfechtungs- und Verpflichtungsklage . . . . .	236
bb) Allgemeine Leistungsklage . . . . .	236
cc) Feststellungsklage . . . . .	236
b) Anfechtungs- und Verpflichtungsklage . . . . .	236
aa) Anfechtungsklage . . . . .	236
aaa) Gegenstand . . . . .	236
bbb) Klagebefugnis . . . . .	237
ccc) Vorverfahren . . . . .	237
bb) Verpflichtungsklage . . . . .	237
aaa) Versagungsgegenklage . . . . .	237
bbb) Untätigkeitsklage . . . . .	238
c) Allgemeine Leistungsklage . . . . .	238
d) Feststellungsklage . . . . .	238
3. Sprungklage gegen einen Verwaltungsakt der in § 348 AO bezeichneten Art . . . . .	239
a) Statthaftigkeit . . . . .	239
b) Anfechtungsklage als Sprungklage . . . . .	240
c) Der Steuerbescheid und die verbindliche Zusage als „Verwaltungsakte der in § 348 AO bezeichneten Art“ . . . . .	241
d) Bezeichnung als „Sprungklage“ . . . . .	241
e) Erhebung der Sprungklage . . . . .	241
f) Zustimmung der zuständigen Behörde . . . . .	242
aa) Zuständige Behörde . . . . .	242
bb) Zustimmung . . . . .	242
cc) Zustimmungsfrist . . . . .	243
g) Behandlung der Sprungklage als Einspruch . . . . .	244
h) Abgabe der Sprungklage an die Finanzbehörde . . . . .	245
4. Vorläufiger Rechtsschutz . . . . .	245
a) Vorläufiger Rechtsschutz allgemein . . . . .	245
b) Antrag auf Aussetzung der Vollziehung . . . . .	246
c) Antrag auf einstweilige Anordnung . . . . .	246
5. Revision . . . . .	246
a) Zulässigkeit . . . . .	247
aa) Statthaftigkeit . . . . .	247
aaa) Die vier Fälle der Statthaftigkeit . . . . .	247
bbb) Streitwertrevision . . . . .	247
ccc) Zulassungsrevision . . . . .	247
aaaa) Grundsatzrevision . . . . .	248
bbbb) Divergenzrevision . . . . .	248
cccc) (Allgemeine) Verfahrensrevision . . . . .	248
dddd) Nichtzulassungsbeschwerde . . . . .	248
eeee) Entscheidung des BFH . . . . .	248
ddd) Verfahrensrevision . . . . .	248
aaaa) Unvorschriftsmäßige Besetzung des erkennenden Gerichts . . . . .	248
bbbb) Mitwirkung eines ausgeschlossenen oder abgelehnten Richters . . . . .	248

cccc) Unzutreffende Vertretung eines Beteiligten im Verfahren . . . . .	248
dddd) Verletzung der Vorschriften über die Öffentlichkeit des Verfahrens . . . . .	248
eeee) Fehlen von Entscheidungsgründen . . . . .	248
eee) Revision in Zolltarifsachen . . . . .	248
bb) Frist . . . . .	248
cc) Form . . . . .	249
aaa) Schriftliche Einlegung . . . . .	249
bbb) Erhebung zur Niederschrift . . . . .	249
ccc) Vertretungzwang . . . . .	249
dd) Ort der Einlegung . . . . .	249
ee) Inhalt . . . . .	249
ff) Begründung . . . . .	249
aaa) Inhalt . . . . .	249
bbb) Frist . . . . .	249
b) Begründetheit . . . . .	250
aa) Verletzung von Bundesrecht . . . . .	250
bb) Kausalität . . . . .	250
aaa) Absolute Revisionsgründe . . . . .	250
aaaa) Unvorschriftsmäßige Besetzung des erkennenden Gerichts . . . . .	250
bbbb) Mitwirkung eines ausgeschlossenen oder abgelehnten Richters . . . . .	250
cccc) Nichtgewährung rechtlichen Gehörs für einen Beteiligten . . . . .	250
dddd) Unzutreffende Vertretung eines Beteiligten im Verfahren . . . . .	250
eeee) Verletzung der Vorschriften über die Öffentlichkeit des Verfahrens . . . . .	250
ffff) Fehlen von Entscheidungsgründen . . . . .	250
bbb) Relative Revisionsgründe . . . . .	250
c) Entscheidung über die Revision . . . . .	250
aa) Unzulässige Revision . . . . .	250
bb) Zulässige Revision . . . . .	250
aaa) Unbegründete Revision . . . . .	250
bbb) Begründete Revision . . . . .	251
aaaa) Entscheidung in der Sache selbst . . . . .	251
bbbb) Aufhebung des angefochtenen Urteils und Zurückverweisung der Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung . . . . .	251
cc) Kosten . . . . .	251
6. Beschwerde . . . . .	251
a) Zulässigkeit . . . . .	251
aa) Statthaftigkeit . . . . .	251
aaa) Die zwei Fälle der Statthaftigkeit . . . . .	251
bbb) Entscheidungen des Finanzgerichts, die nicht Urteile oder Vorbescheide sind . . . . .	251
ccc) Entscheidungen des Vorsitzenden des Finanzgerichts . . . . .	251
bb) Frist . . . . .	251

aaa) Einlegung beim Finanzgericht . . . . .	251
bbb) Einlegung beim BFH . . . . .	251
cc) Form . . . . .	252
aaa) Schriftliche Einlegung . . . . .	252
bbb) Einlegung zur Niederschrift . . . . .	252
ccc) Eingang beim BFH . . . . .	252
ddd) Vertretungzwang . . . . .	252
dd) Ort der Einlegung . . . . .	252
aaa) Finanzgericht . . . . .	252
bbb) Bundesfinanzhof . . . . .	252
b) Entscheidung über die Beschwerde . . . . .	252
aa) Abhilfe . . . . .	252
bb) Vorlage . . . . .	252
cc) Kosten . . . . .	252
<b>Teil II</b>	
<b>Die Steuerfahndung (Zollfahndung)</b> . . . . .	253
<b>§ 20 Die Steuerfahndung (Zollfahndung)</b> . . . . .	255
<b>I. Zweck der Steuerfahndung</b> . . . . .	255
1. Erforschung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten . . . . .	255
a) Erforschung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten . . . . .	255
b) Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen . . . . .	255
c) Aufdeckung und Ermittlung unbekannter Steuerfälle . . . . .	255
2. Problematik der gleichrangigen Parallelität von Besteuerungs- und Strafverfahren . . . . .	256
<b>II. Anlaß der Steuerfahndung</b> . . . . .	259
<b>§ 21 Organisation der Steuerfahndung (Zollfahndung)</b> . . . . .	259
<b>I. Die unterschiedliche Organisation von Steuer- und Zollfahndung</b> . . . . .	259
<b>II. Organisationsgewalt der Länder</b> . . . . .	260
1. Die Steuerfahndungsstelle als unselbständige Dienststelle des Finanzamts . . . . .	260
2. Die Steuerfahndungsstelle als Dienststelle eines selbständigen Finanzamts für Steuerfahndung und Prüfungsdienste . . . . .	261
3. Die Steuerfahndungsstelle als Außenstelle der Oberfinanzdirektion . . . . .	261
4. Die Steuerfahndungsstellen – unselbständige Dienststellen der Landesfinanzbehörden . . . . .	261
5. Informationszentrale für den Steuerfahndungsdienst . . . . .	262

<b>III. Organisationsgewalt des Bundes</b>	263
<b>§ 22 Aufgaben der Steuerfahndung (Zollfahndung)</b>	263
<b>I. Aufgaben der Steuerfahndung allgemein</b>	263
1. Gegenständlicher Aufgabenbereich	263
a) Originäre Aufgaben	263
b) Derivative Aufgaben	264
aa) Aufgabenwahrnehmung auf Ersuchen	264
bb) Aufgabenwahrnehmung kraft Delegation	264
c) Allgemeine Aufgaben – Sonderaufgaben	264
2. Räumlicher Aufgabenbereich	264
a) Inländisches Staatsgebiet	266
b) Ausländisches Staatsgebiet	267
<b>II. Aufgaben der Steuerfahndung im einzelnen</b>	268
1. Erforschung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten	268
a) Erforschungspflicht	268
b) Erforschungspflicht / Verfolgungspflicht	269
aa) Legalitätsprinzip – Opportunitätsprinzip	269
bb) Vorfeldermittlungen	269
cc) Pflichten anderer Stellen	270
2. Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen im Zusammenhang mit der Erforschung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten	270
a) Ermittlungsparallelität	270
b) Kritik an den Methoden der Steuerfahndung	271
3. Aufdeckung und Ermittlung unbekannter Steuerfälle	272
a) Steueraufsichtliche Aufgabenstellung	272
b) Fehlen eines konkreten Anfangsverdachts	273
c) Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen im Zusammenhang mit der Erforschung von Steuerstraftaten	274
d) Ablaufhemmung der Festsetzungsfrist	274
e) Auseinandersetzung um die Institutionalisierung einer Steueraufsicht	275
4. Sonstige Aufgaben der Steuerfahndung (Zollfahndung)	276
a) Steuerliche Ermittlungsaufgaben auf Ersuchen	276
aa) Ermittlungszuständigkeit	276
bb) Ermittlungszuständigkeit und Ermittlungsbefugnis	276
cc) Problematik der Betrauung von Fahndern mit Aufgaben der Außenprüfung	276
b) Sonst übertragene Aufgaben	277
<b>§ 23 Befugnisse der Steuerfahndung (Zollfahndung)</b>	277
<b>I. Die Befugnisse im Strafverfahren wegen Steuerstraftaten</b>	277

<b>II. Die Befugnisse im Bußgeldverfahren wegen Steuerordnungswidrigkeiten</b> .....	279
<b>III. Die Ermittlungsbefugnisse im Besteuerungsverfahren</b> .....	280
1. Die steuerlichen Ermittlungsbefugnisse .....	280
2. Parallelität von Besteuerungsverfahren und Steuerstrafverfahren .....	280
a) Steuerliche/steuerstrafrechtliche Ermittlungsbefugnisse .....	280
b) Einschränkungen der Beweismittel-Reihenfolge .....	280
c) Zulässigkeit auch mündlicher Auskunftsersuchen .....	281
d) Vorlage von Büchern, Aufzeichnungen, Geschäftspapieren und anderen Urkunden durch Dritte .....	281
e) Ort der Vorlage .....	281
f) Auskunfts- und Vorlageersuchen an Kreditinstitute .....	281
g) Mitwirkungs-, Auskunfts- und Vorlagepflichten des Steuerpflichtigen .....	282
<b>IV. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Steuerfahndung (Zollfahndung)</b> .....	283
<b>§ 24 Aufgaben und Befugnisse der Finanzämter (Hauptzollämter)</b> .....	283
<b>I. Steuerliche Auswertung des Fahndungsberichts</b> .....	283
<b>II. Zwei Schlußberichte über einen Sachverhalt – ein für einen Rechtsstaat unhaltbarer Zustand</b> .....	284
<b>Teil III</b> <b>Die Steueraufsicht</b> .....	285
<b>§ 25 Steueraufsicht in besonderen Fällen (§§ 209 ff. AO)</b> .....	287
<b>I. Der Sonderregelungsbereich</b> .....	287
1. Steueraufsichtliche Befugnisse als rechtliches Dürfen oder Müssen .....	287
2. Das rechtliche Dürfen .....	287
3. Das rechtliche Müssen .....	287
4. Abschließender Ermächtigungskatalog der im Rahmen der Steueraufsicht zu erfüllenden Pflichten .....	287
<b>II. Rechtfertigung der Sonderregelung</b> .....	288
1. Rechtliche Verflechtung von belasteter Ware und belastender Abgabe .....	288
2. Überwachung der wirtschaftlichen Betätigung im Interesse einer quantitativen und qualitativen Erfassung der Steuerfälle .....	289
3. Steueraufsicht als laufende Überwachung .....	289
4. Die in dem Wesen der Zölle und Verbrauchsteuern begründete aufsichtliche Notwendigkeit .....	290

<b>III. Gegenstand der Sonderregelung</b>	290
1. Warenverkehr über die Grenze und in den Zollfreigebieten	290
2. Gewinnung und Herstellung verbrauchsteuerpflichtiger Waren	290
3. Versand von Waren in einem Zoll- oder Verbrauchsteuerverfahren	290
4. Herstellung von Waren, für die Erlaß von Zoll oder Verbrauchsteuer beansprucht wird	290
5. Andere Sachverhalte der Blankettform des § 209 Abs. 3 AO	291
<b>§ 26 Die Nachschau-Befugnis</b>	291
<b>I. Der Befugnistatbestand</b>	291
1. Der –scheinbar allgemeine– Befugnistatbestand	291
2. Bindung an den Bereich der Zölle und Verbrauchsteuern	291
<b>II. Die Befugnisse im einzelnen</b>	292
1. Die Befugnis zur Nachschau	292
a) Die Befugnis zum Betreten von Grundstücken, Räumen, Schiffen und anderen Fahrzeugen	292
b) Die Berechtigten	292
c) Die Verpflichteten	293
d) Das Recht zur Nachschau als die allgemein formulierte Berechtigung zum Betreten	294
e) Die Zweckbindung des Rechts zum Betreten	294
f) Beschränkung auf branchenspezifische Geschäfts- und Arbeitszeiten	295
g) Übergang von der Steueraufsicht zur Außenprüfung	295
2. Die Befugnis zur Verdachts-Nachschau	296
a) Konkreter Verdacht	297
b) Gefahr im Verzug	297
3. Die Befugnis, Schiffe und andere Fahrzeuge anzuhalten	297
4. Die Nachschau im Bereich der Bundeswehr	298
<b>III. Wesen der Nachschau</b>	298
1. Die Nachschau als Mittel zur Erreichung des Aufsichtszweckes	298
2. Kernelemente der Nachschau-Befugnis	298
a) Besondere gesetzliche Vorschrift	298
b) Erlaubter Zweck	298
c) Kenntlichmachung im Gesetz	298
d) Erforderlichkeit	298
3. Das Verhältnis der Nachschau zu Art. 13 Abs. 1 GG	299
4. Das Verhältnis der Nachschau zu Art. 12 GG	299
<b>§ 27 Besondere Aufsichtsmaßnahmen</b>	300
<b>I. Rechtskräftige Bestrafung wegen Zoll- oder Verbrauchsteuerhinterziehung</b>	300
1. Zoll- und Verbrauchsteuerhinterziehung	300

2. Rechtskräftige Bestrafung . . . . .	300
a) Strafverbüßung . . . . .	300
b) Straftilgung . . . . .	301
3. Tatsächlich vorhandener bestimmender und gestaltender Einfluß des Bestrafen . . . . .	301
4. Geeignetheit und Erforderlichkeit der Mittel . . . . .	302
a) Besondere Aufsichtsmaßnahmen . . . . .	302
b) Allgemeine Aufsichtsmaßnahmen . . . . .	302
c) Rechtsschutz . . . . .	302
<b>II. Sicherstellung im Aufsichtsweg . . . . .</b>	<b>302</b>
1. Der Befugnistarbestand . . . . .	302
2. Sicherstellen als Entziehen der Verfügungsberechtigung . . . . .	304
3. Überführung der sichergestellten Sachen in das Eigentum des Bundes . . . . .	304
<b>§ 28 Mitwirkungs- und Hilfspflichten des Betroffenen . . . . .</b>	<b>306</b>
<b>I. Der Verpflichtungstatbestand . . . . .</b>	<b>306</b>
1. Die aktiven steuerlichen Mitwirkungs- und Hilfspflichten . . . . .	306
a) Persönliche Erfüllung . . . . .	306
b) Erfüllung durch Beauftragte . . . . .	306
c) Haftung des Beauftragten . . . . .	307
2. Vorlage von Aufzeichnungen, Büchern, Geschäftspapieren und anderen Urkunden . . . . .	307
3. Erteilung von Auskünften . . . . .	308
a) Auskunftsverlangen . . . . .	308
aa) Individualität . . . . .	308
bb) Rechtfertigung . . . . .	308
cc) Zweckgebundenheit und Zweckbegrenzung . . . . .	309
b) Form der Auskunft . . . . .	310
aa) Form i. e. S. . . . .	310
bb) Umfang und Häufigkeit . . . . .	311
cc) Unentgeltlichkeit . . . . .	311
c) Auskunft und Anzeige . . . . .	311
aa) Behördliches Auskunftsverlangen . . . . .	311
bb) Mitteilung über Wissen von Tatsachen . . . . .	311
cc) Keine Verfahrenshandlung . . . . .	312
4. Das Verhältnis der §§ 86–92 AO zum Verpflichtungstatbestand . . . . .	312
<b>II. Der Verpflichtungstatbestand und seine gegenständliche Bindung . . . . .</b>	<b>312</b>
<b>§ 29 Die Bestellung von Steuerhilfspersonen . . . . .</b>	<b>313</b>
<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>315</b>